

## INHALT

1. Schleswig-Holstein in der Spitzengruppe
2. Sprachförderung in Schleswig-Holsteins Kitas kommt voran
3. Neuer Markt für schleswig-holsteinische Produkte
4. Glücksspielstaatsvertrag: entscheidende Phase steht an
5. Mehr freie Lehrstellen als Bewerber in Schleswig-Holstein
6. Hohe Anzahl an Medizinstudieplätzen in Schleswig-Holstein
7. Grundsatzentscheidung für neue Wahlkreiseinteilung gefallen

20.05.2011

### Schleswig-Holstein in der Spitzengruppe Ausbau der Krippenplätze kommt gut voran



Marion Herdan, MdL

Die Betreuungsquote der unter Dreijährigen in Schleswig-Holstein ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Nach 14,5 Prozent im Jahr 2009 wurden 2010 bereits 18,2 Prozent erreicht. Bundesweit erzielte das Land den zweithöchsten Zuwachs. Dies geht aus einer Studie des vom Bundesministerium beauftragten Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität Köln hervor. Danach liegt Schleswig-Holstein bei der Betreuung der Unter-Dreijährigen erstmals über dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer (17,4 Prozent).

Dazu erklärte die Expertin für frühkindliche Bildung, Marion Herdan: „Viele gut ausgebildete Eltern wollen wieder ihrem Beruf nachgehen. Die Firmen suchen Fachkräfte. Deshalb treiben

wir den Ausbau der Plätze weiter voran.“

Es sei möglich, bis zum Jahr 2013 eine Betreuungsquote von 35 Prozent zu erreichen. Dafür müssen noch 9000 zusätzliche Krippenplätze geschaffen werden. Zum Beginn des Jahres 2011 habe das Land deshalb die Förderquoten angehoben:

„Trotz der knappen Haushaltsmittel haben wir hier einen Schwerpunkt gesetzt“, betonte Herdan. 60 Millionen Euro habe die CDU-geführte Landesregierung für den Ausbau der Kindertagesbetreuung vorgesehen. Hinzu kämen 74 Millionen Euro vom Bund.

---

### **Sprachförderung in Schleswig-Holsteins Kitas kommt voran**

#### **86 Kitas erhalten je 25.000 Euro aus Bundesprogramm „Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“**

Jeweils 25.000 Euro erhalten insgesamt 86 schleswig-holsteinische Kindertagesstätten zusätzlich, um größere Anstrengungen im Bereich des Spracherwerbs und der Integration unternehmen zu können. Das Geld steht für zusätzliches Fachpersonal und notwendige Anschaffungen zur Sprachförderung zur Verfügung.

„Unser Ziel ist, dass die Kinder die deutsche Sprache beherrschen, wenn sie eingeschult werden. Da setzt dieses Programm genau an der richtigen Stelle an“, erklärte dazu die Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion für frühkindliche Bildung, Marion Herdan.

Bildungsminister Dr. Eckehard Klug hatte am Dienstag (17. Mai 2011) bekannt gegeben, welche schleswig-holsteinischen KiTas sich im ersten Schritt erfolgreich beworben hatten. Bundesweit werden bis zu 4.000 „Schwerpunkt-KiTas Sprache & Integration“ eingerichtet. Vorgesehen ist die Förderung vor allem für Kindertageseinrichtungen in sozialen Brennpunkten und mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund. In einer zweiten Bewerbungsphase im Herbst dieses Jahres können sich weitere KiTas bewerben:

„Ich wünsche mir, dass möglichst viele unserer KiTas an diesem Programm teilnehmen. Sprache ist der Schlüssel zu Bildung und damit auch zum beruflichen Erfolg“, so Herdan abschließend.

Weitere Informationen finden Sie unter:

[http://fruehe-chancen.de/was\\_politik\\_leistet/schwerpunkt\\_kitas/dok/360.php](http://fruehe-chancen.de/was_politik_leistet/schwerpunkt_kitas/dok/360.php)

---

### **Neuer Markt für schleswig-holsteinische Produkte**

#### **Zusammenarbeit mit Kaliningrad soll intensiviert werden**

Für schleswig-holsteinische Unternehmen – insbesondere aus der Medizintechnikbranche – bestehen neue Absatzmöglichkeiten in der Oblast Kaliningrad. Diese Botschaft brachte der CDU-Landtagsabgeordnete Markus Matthießen von einer Delegationsreise unter Leitung von Staatssekretär Heinz Maurus vom 12. – 15.05.2011 mit: „Kaliningrad plant ein millionenschweres Investitionsprogramm im Gesundheitswesen“, so Matthießen nach einem Gespräch mit dem Gesundheitsminister der Gebietsregierung, Alexander Wygovskij. Auch Gouverneur Nikolay N. Tsukanov habe Schleswig-Holsteinische Unternehmen aufgefordert, sich direkt an den Ausschreibungen zu beteiligen. So werde ab 2012 ein förderales Zentrum für Herz- und Kreislauferkrankungen aufgebaut. Für die Jahre 2013/2014 sei der Bau eines neuen Zentrums für Radiologie und Onkologie geplant. Kaliningrad stehe vor der Herausforderung, die Neubauten nicht nur auszustatten, sondern auch die Wartung und den Service der Medizintechnik und –produkte zu organisieren.

Vor diesem Hintergrund waren auch Vertreter der schleswig-holsteinischen Gesundheitswirtschaft und medizinischen Forschung Teilnehmer der Delegation.

Kaliningrad habe darüber hinaus Interesse an der Zusammenarbeit im Bereich der Stammzellenforschung, am fachlichen Austausch untereinander und an einer Kooperation bei der Ausbildung von ärztlichem und pflegerischem Personal signalisiert. Auch beim Auf- und Ausbau von E-health verspricht man sich Kaliningrad viel von der Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Flensburg.



v.l.: Heinz Maurus, Alexander Wygovskij, Markus Matthießen, MdL

---

## Glücksspielstaatsvertrag: entscheidende Phase steht an Zweite Lesung des schleswig-holsteinischen Glücksspielgesetzes vor der Sommerpause



Hans-Jörn Arp, MdL

Offiziell heißt es noch „Schleswig-Holstein allein gegen 15 Länder“. Doch hinter den Kulissen zeigt sich Bewegungspotential beim Glücksspielstaatsvertrag. Der Grund: Immer mehr Parlamentariern wird bewusst, dass sich ihr Staatsvertrag – wenn überhaupt – nur mit Internetsperren und einer Kontrolle der Zahlungsströme realisieren ließe. Denn die vorgesehene Steuer von 16, 2/3 Prozent auf den Umsatz ist achtmal so hoch, wie im europäischen Ausland. Dementsprechend würde wohl kein Anbieter – außer dem staatlichen Oddset – eine Lizenz beantragen. Folglich müsste Deutschland für seine Bürger den Zugang zu ausländischen Anbietern sperren. Da sich diese Sperren – die selbst für Kinderpornografie abgelehnt wurden – leicht umgehen lassen, müssten darüber hinaus die Zahlungsströme

kontrolliert werden. Genau eine solche Lösung hatte der Deutsche Lotto und Toto Block seit langem gefordert.

Nun regt sich Widerstand in den Länderparlamenten: So hat die FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz - in der auch die Fraktionsvorsitzenden der Länder vertreten sind, in denen die FDP an der Landesregierung beteiligt ist - mittlerweile die Ministerpräsidenten aufgefordert, eine Neuregelung auf der Grundlage des schleswig-holsteinischen Vorschlags zu treffen. Und die Fraktion der Grünen in Bremen – dort an der Landesregierung beteiligt – lehnt bereits öffentlich Netzsperrern ab.

"Wir haben immer davor gewarnt, dass der offensichtlich aus der Feder des Lotto-Totoblocks stammende Vorschlag der 15 Länder sich nur mit Netzsperrern realisieren lässt", erklärte dazu der CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Jörn Arp. "Es war und ist das Ziel des Lotto- und Totoblocks, über hohe Steuern in Verbindung mit Netzsperrern und der Kontrolle von Zahlungsströmen sein Wettmonopol faktisch zu erhalten. Leider sind die anderen 15 Bundesländer diesem Vorschlag bislang gefolgt".

Artikel über die Forderungen des Deutschen Lotto und Toto Blocks:

<http://www.faz.net/s/Rub9CD731D06F17450CB39BE001000DD173/Doc~E91DF803567174E069B01BB31751D2580~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

---

### **Mehr freie Lehrstellen als Bewerber in Schleswig-Holstein**

#### **Unternehmen können sich ihre Bewerber nicht mehr in jedem Fall aussuchen**

Nach neuesten Erhebungen der Arbeitsagentur kommen in Schleswig-Holstein auf fast 7.800 unbesetzte Lehrstellen etwa 6.800 Bewerber. „Damit bestätigt sich ein weiteres Mal die Politik der CDU-geführten Landesregierung, die seit 2005 konsequent auf den Ausbau des Ausbildungsplatzangebotes und die Schaffung von Arbeitsplätzen setzt. Junge Menschen erhalten dadurch in Schleswig-Holstein zukünftig immer bessere Perspektiven“, erklärte dazu der Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag für den Mittelstand, Johannes Callsen.

Die Arbeitsagentur machte allerdings auch deutlich, dass die neue Situation sowohl von den Bewerbern als auch von den Unternehmen größere Flexibilität fordere. Ausbildungswillige, die früher kaum eine Chance auf einen Ausbildungsplatz hatten, erhielten jetzt die Möglichkeit, sich zu beweisen.



Johannes Callsen, MdL

## Hohe Anzahl an Medizinstudienplätzen in Schleswig-Holstein

### „Wir finanzieren Medizinstudienplätze, die den Länderanteil deutlich übersteigen“

Schleswig-Holstein bildet im Verhältnis zu den anderen Bundesländern überdurchschnittlich viele Mediziner aus. Das geht aus einer Antwort des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein hervor (Umdruck 17/2415).

Nach dem so genannten „Königsteiner Schlüssel“ für das Jahr 2009, der die Aufteilung des Länderanteils bei gemeinsamen Finanzierungen wie zum Beispiel bei der Ärzteausbildung regelt, müsste Schleswig-Holstein ca. 3,3 Prozent aller bundesdeutschen Medizinstudienplätze vorhalten. Tatsächlich aber beträgt der Anteil des Landes bei den vorklinischen Studienplätzen 3,8 Prozent und bei den klinischen Studienplätzen sogar 5,14 Prozent. „Wir finanzieren hier also Medizinstudienplätze, die den Länderanteil deutlich übersteigen. Das erfordert eine finanzielle Mehrbelastung, die für Schleswig-Holstein jedoch nicht den gewünschten Erfolg bringt. Zu viele Mediziner wechseln in andere Berufe oder verlassen das Land. Einige werden sogar im Ausland tätig“, so Ursula Sassen, die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion.

Angesichts des drohenden Ärztemangels in einigen ländlichen Regionen sei die derzeit laufende Werbekampagne „LandArztLeben!“ für Schleswig-Holstein besonders wichtig.

Das Schreiben des Ministeriums finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/umdrucke/2400/umdruck-17-2415.pdf>

Die Werbekampagne finden Sie unter:

<http://landarztleben.de/>



Ursula Sassen, MdL

---

## Grundsatzentscheidung für neue Wahlkreiseinteilung gefallen

### Rendsburg-Eckernförde, Ostholstein, Nordfriesland, Herzogtum-Lauenburg und Lübeck verlieren je einen Wahlkreis

In dieser Woche fand die entscheidende Sitzung des Wahlkreisausschusses statt. Die Grundsatzentscheidungen sind damit gefallen: Die Kreise Rendsburg-Eckernförde, Ostholstein, Nordfriesland, Herzogtum-Lauenburg und die kreisfreie Stadt Lübeck verlieren je einen Wahlkreis. Ende der kommenden Woche werden in einer weiteren Sitzung die exakten Grenzen der neuen Wahlkreiseinteilung festgelegt. Im Newsletter am nächsten Freitag werden wir ihnen hoffentlich eine Karte mit der neuen Einteilung zukommen lassen können.

Angesichts der Einwohnerzahlen hatte sich sehr früh abgezeichnet, dass Rendsburg-Eckernförde, Ostholstein, Nordfriesland, Herzogtum-Lauenburg je einen Wahlkreis abgeben werden, die bei der letzten Wahl alle von CDU-Kandidaten direkt gewonnen worden waren. Um den letzten Wahlkreis wurde hart gerungen. SPD, LINKE und Grüne wollten einen weiteren Wahlkreis im ländlichen Raum an der Westküste streichen. CDU und FDP haben dies abgelehnt, da dann dort die Wahlkreise zu groß geworden wären, um von einem Landtagsabgeordneten betreut zu werden.

In mehreren Verhandlungsrunden versuchte die CDU, einen für alle gangbaren Kompromiss zu finden. Die CDU war dabei für mehrere Lösungsmöglichkeiten offen. Seitens der SPD bestand allerdings keinerlei Bereitschaft, über einen der Wahlkreise, die sie bei den letzten Wahlen direkt gewonnen hatte auch nur in Verhandlungen einzutreten.

Am Ende gelang es dann, gemeinsam mit dem SSW und in der Folge auch der Landeswahlleiterin den Westküstenwahlkreis zu erhalten. In Lübeck wird es künftig zwei reine städtische Wahlkreise geben.

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)